

CDU Kreistagsfraktion
Vorsitzender Dieter Hornung

- es gilt das gesprochene Wort
- Freigabe 20. Dez. 2017

Haushaltsrede 2018

Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen
meine sehr geehrten Damen und Herrn,

völlig überrascht und mit einiger Verwunderung mussten wir in der letzten Kreistagssitzung die Einbringung des Kreishaushalts 2018 mit einer Deckungslücke von 9,2 Mio. Euro zur Kenntnis nehmen.

Wenn ich mich recht erinnere, ist dies ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des BOK. Schwierige Ausschussberatungen und Fraktionssitzungen liegen nun hinter uns und wir können heute zwar einen Haushalt verabschieden, der aber erhebliche Bauchschmerzen hinterlässt.

Erschwerend kam und kommt hinzu, dass wir uns auf unsicherem Fundament bewegen – immer noch in der Übergangsphase vom kameralen zum doppischen Haushalt ohne Eröffnungsbilanz und ohne Rechnungsergebnis 2016.

Viele HH-Positionen, verbunden mit millionenschweren Verschiebungen von einer Position zur anderen, von einer Produktgruppe zur nächsten und das alles ohne ausreichende – um nicht zu sagen keine – nachvollziehbaren Erläuterungen, machen eine Analyse und Weichenstellung für uns als ehrenamtlich Tätige nicht gerade leichter, um nicht zu sagen fast unmöglich.

Das Prinzip der Haushaltsklarheit ist offensichtlich – mindestens bis jetzt - auf dem Altar der Doppik geopfert worden.

Bei allem Verständnis für die Verwaltung, die natürlich auch mit diesen Umstellungsschwierigkeiten zu kämpfen hat, kommen wir als politisch

Verantwortliche mit diesem Planwerk an die Grenze des noch Überschau- und noch verantwortungsbewusst Wahrnehmbaren.

Herr Landrat,

angesichts dieser Unsicherheiten standen wir vor der Entscheidung, den Entwurf zurückzuweisen und die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts zu verlangen oder aber in mühevoller Kleinarbeit das Geschäft der Verwaltung selbst zu übernehmen und Vorschläge zum Ausgleich des HH zu unterbreiten.

Wir haben uns für die zweite Alternative entschieden.

Diese Einschätzung wurde offensichtlich auch von den Fraktionen der „Freien Wähler“ und der „Grünen“ so empfunden, weshalb wir uns gemeinsam zum vorliegenden interfraktionellen Antrag entschieden haben.

Wir haben bewusst auf neue und kostenwirksame Anträge angesichts der klaffenden Deckungslücke verzichtet, anders als die SPD-Fraktion – und dies auch noch ohne Deckungsvorschläge, ausgenommen die Erhöhung der Kreisumlage. Ein Instrumentarium das angesichts sprudelnder Steuereinnahmen nicht vertretbar und mit uns nicht zu machen ist.

Die meisten politisch Verantwortlichen in Bund und Land sprechen von Steuersenkungen, nur die SPD-Kreistagsfraktion will Steuern erhöhen und eine Erhöhung der Kreisumlage ist nichts anderes, denn die Kommunen müssten eine höhere Umlage mit entsprechenden kommunalen Steuererhöhungen finanzieren.

Wir ließen uns bei unseren Haushaltsbetrachtungen leiten von der Maxime:

„ Keine neuen Schulen – auch nicht Netto -0 – sondern weiterer Abbau“
„ Keine Erhöhung der Kreisumlage“

Herr Landrat,

damit wollen wir den von ihnen vorgezeichneten Weg in ihrer HH-Rede mit erneuten Kreditaufnahmen und einer Erhöhung der Kreisumlage um 2%-Punkte ausdrücklich nicht mitgehen.

Mit den auch von ihnen gewünschten Einsparungen hoffen wir nun einen vernünftigen Konsens auf der Grundlage unseres interfraktionellen

Antrages von CDU, FW und den Grünen zu erreichen – einer „Jamaika“ ähnlichen Konstellation, die im Kleinen vor Ort wohl besser funktioniert als in Berlin!

Mit einem modifizierten Verbesserungsvorschlag von nunmehr 12.929 Mio. Euro (450.000 Euro weniger wegen BZ Markdorf) gehen wir weit über die zu schließende Deckungslücke von 9,2 Mio. Euro hinaus. Zum einen, weil wir die Bildung von „Reserven“ für die kommenden Jahre schon jetzt einleiten wollen und zum anderen, weil heute verschobene Maßnahmen angesichts dann wieder neuer Finanzdaten in den Folgejahren zu finanzieren sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herrn,

es scheint, dass wir den Zenit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben. Mit der höchsten Steuerkraftsumme des BOK seit seinem Bestehen in Höhe von knapp 300 Mio. Euro und einer sich daraus generierenden Kreisumlage von nunmehr 95 Mio. Euro (7,4 Mio. Euro mehr als 2017) sowie einem weiteren Abbau der äußeren Verschuldung von 52 Mio. Euro im Jahr 2009 auf nunmehr 21 Mio. Euro zum Jahresende 2018 konnten wir zunächst davon ausgehen, den Haushalt 2018 mühelos zu schultern.

Diese Hoffnung konnten wir mit der Vorlage dieses Haushaltsentwurfs begraben.

Was bleibt ist die schmerzhafteste Erkenntnis, dass wir in Zukunft unsere Erwartungshaltung an die Finanzierbarkeit neuer Investitionen (lt. vorliegender Finanzplanung ein dreistelliger Millionenbetrag) und neuer laufender Ausgaben deutlich der nun vorliegenden Finanzsituation anpassen müssen, wenn wir die Städte und Gemeinden mit der Höhe der Kreisumlage nicht an die Grenzen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit bringen wollen.

Verstärkt wird diese Entwicklung noch dadurch (ich habe schon früher deutlich darauf hingewiesen), dass wir seit Umstellung auf die Doppik unsere Liquiditätsreserven – sprich Rücklagen – nahezu aufgebraucht und – wenn wir nicht gegensteuern, auch keine nennenswerten neuen werden ansparen können.

Die Lösung scheint vordergründig darin zu liegen, entweder auf neue Zukunftsinvestitionen zu verzichten oder massiv an der Umlageschraube

nach oben zu drehen oder wieder den Weg in die weitere Verschuldung zu Lasten der kommenden Generation zu gehen,

Dies ist nicht unser Weg.

Manfred Rommel hat die Situation einmal so beschrieben:

In Zeiten wachsender Ansprüche und fehlender Finanzmittel gibt es (bildlich gesprochen) nur zwei Möglichkeiten:

Entweder die Zehennägel (Ansprüche) zu schneiden oder immer größere Schuhe zu kaufen.

Er empfiehlt die erste Variante und dies sehen wir in gleichem Maße.

D.h. den Gürtel enger schnallen, Wünschenswertes von Notwendigem unterscheiden und damit ein deutliches Augenmerk auf die nachhaltige Verbesserung der Ertragskraftstruktur des ErgebnisHH zu legen.

Nur wenn es uns gelingt, wieder Eigenmittel für künftige Investitionen zu generieren, werden wir auch in Zukunft politisch noch handlungsfähig sein.

Gestalter, nicht Verwalter – dies wollen wir auch in Zukunft noch sein.

Und gerade deshalb übersteigt unser Antrag auch deutlich die Deckungslücke von 9,2 Mio. Euro.

Wir müssen die Struktur unseres ErgebnisHH intensiv unter die Lupe nehmen, ihn von Wildwuchs beschneiden und unsere Einnahmemöglichkeiten soweit als vertretbar ausschöpfen.

Wir wissen dabei um das schon von Goethe bemühte Zitat:

„Sparsamkeit wird stets gelobt, doch wird sie an uns selbst erprobt, dann wird sie unumwunden, stets als lasterhaft empfunden.“

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser sicher schmerzenden Kur führt kein Weg vorbei. Sie ist ohne Alternative!

Wir können auf Dauer nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herrn,

trotz der angespannten Finanzsituation leisten wir auch mit diesem HH 2018 wieder einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvor- und -fürsorge sowie zur Zukunftssicherung unseres Bodenseekreises.

Mit

- der grundhaften Sanierung des BZ Markdorf samt Sporthalle
- dem Bau des Innovations- und Technologiezentrums Ritz in FN
- der Unterstützung des Flughafens als wichtiger Verkehrs-Infrastruktureinrichtung (Dank an GR der Stadt FN und liebe Spießgesellen der SZ, der Kreistag erlaubt sich hierzu auch in Zukunft eine eigene Meinung, auch wenn ihnen dies nicht gefällt!!)
- mit dem Bekenntnis zum Ausbau der Bodenseegürtelbahn, verbunden mit erheblichen finanziellen Konsequenzen in den nächsten Jahren,
- dem Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes
- mit der weiteren Finanzierung wichtiger Straßenbauprojekte
- der uneingeschränkten sozialen Sicherung im gesetzlich vorgeschriebenen – aber auch im freiwilligen Bereich
- der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern
- und mit der Gründung einer GmbH zum Ausbau des schnellen Internets.

Mit all diesen Maßnahmen setzen wir Schwerpunkte unseres politischen Wollens.

Bildung und Infrastruktur, die soziale Sicherung und die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes bleiben für uns auch künftig Schwerpunkte bei der Gestaltung der kommenden Haushalte.

Dabei muss es aber auch darum gehen, offensichtliche Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Lassen sie mich dafür ein Beispiel nennen:

Das Finanzierungsdefizit von rund 5 Mio. Euro im Bereich Asyl hat im Wesentlichen zwei Ursachen.

1. Die vom Land versprochene Spitzabrechnung wird vom Land anders verstanden als von den Landkreisen. Wir haben uns alle über die Zusage des MP zu diesem Verfahren gefreut. Der Bleistift des Landes – und das zeigen die ersten Abrechnungen – ist aber deutlich spitzer als der unsere, so dass beileibe nicht alle unsere Aufwendungen erstattet werden; wir als auf nicht unerheblichen Beträgen sitzen bleiben.
2. Einige unserer Kreisgemeinden kommen ihrer Verpflichtung zur zeitnahen Anschlussunterbringung von Flüchtlingen schlicht und einfach nicht nach mit der Konsequenz für den Landkreis, dass wir für diesen Personenkreis bei weiterem Verbleib in unseren Einrichtungen keine Erstattung des Landes erhalten.

Immerhin ein Betrag in der Größenordnung von ca. 5 Mio. Euro – nahezu zwei Prozentpunkte Kreisumlage.

Deshalb fordern wir die säumenden Kommunen auf, diese Lücke in 2018 zu schließen. Bei Nichterfüllung muss ernsthaft über Konsequenzen nachgedacht werden.

Die Solidarität der Kommunen untereinander, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann nicht so weit gehen, dass die „Musterschüler“, die ihre Aufgaben erledigt haben und diese auch selbst finanzieren, zur Strafe auch noch eine um diesen Betrag erhöhte Kreisumlage zu bezahlen haben.

Herausgreifen möchte ich auch noch die vom Bund beschlossene Verbesserung der Unterhalts-Vorschussregelung.

Die grundsätzlich zu begrüßende Neuregelung verursacht aber allein im kommenden HH (mit steigender Tendenz) einen Mehraufwand von 1,5 Mio. Euro.

Da es beim Bund das im Land geltende Konnexitätsprinzip leider nicht gibt, bleiben wir zum Großteil auf diesen Mehrausgaben sitzen.

Dies ist ein seit Jahren beklagenswerter Zustand, der nach einer Änderung schreit.

Man kann dieses „Wehklagen“ noch durch das ebenfalls vom Bund beschlossene „Teilhabe-gesetz“ mit erweiterten Ansprüchen und Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ergänzen (hier sitzt allerdings das Land mit im Boot für die zwischenzeitlich bis 2020 auflaufenden Kosten)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

ich spreche da sicher für alle: Wir als Landkreis sind willens und bereit, als Träger der Eingliederungshilfe auch weiterhin zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung beizutragen.

Wir erwarten aber stimmige finanzielle Rahmenbedingungen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

trotz Deckelung und Einhaltung des Deckels bei den Personalausgaben bereitet uns diese Entwicklung erhebliche Bauchschmerzen. In den Jahren 2017 und 2018 verzeichnen wir einen Stellenzuwachs von über 70 Personalstellen.

Insgesamt haben wir in den letzten 5 Jahren eine Zunahme von 165 Stellen auf nunmehr 960 Stellen zu verzeichnen. Sicher ist dabei auch der Zuwachs in Folge der Flüchtlingssituation zu berücksichtigen. Dennoch geht aber der größere Teil auf das Konto der übrigen Kreisverwaltung.

Diese ungebremste Entwicklung kann aus unserer Sicht so nicht weiter gehen. Für den Kreistag ist es allerdings nahezu unmöglich, hier Notwendiges oder weniger Notwendiges zu beurteilen.

Hier ist die Personalverwaltung des Landratsamtes nachhaltig gefordert, Personalkonzepte zu erarbeiten und diese Entwicklung mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises in Einklang zu bringen.

Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen sie mich noch ein paar Sätze zur Entwicklung rund um die Gästekarte „EBC“ anfügen.

Die Kollegin Hecht-Fluhr hat in dankenswerter Weise und in einer umfangreichen Stellungnahme gegenüber den Gegnern der Karte die Position des Kreistags treffend formuliert.
Dem schließen wir uns voll inhaltlich an.

Eine einheitliche Gästekarte ist und bleibt ein wesentlicher Baustein der Tourismusförderung am Bodensee und die EBC ist dem Grunde nach richtig angelegt, dieses Ziel zu ergänzen, den Tourismus als für uns wichtigen Wirtschaftsfaktor zu stärken und vor allem konkurrenzfähig zu erhalten.

Die nun aufgetretenen Probleme waren nicht vorhersehbar.
Die Gerichtsentscheidung des VGH und die Insolvenz des Betreibers der Karte haben uns allerdings in der weiteren schnellen Ausweitung auf zusätzliche Gemeinden gebremst. Sie können uns aber nicht davon abhalten, die aufgetretenen Probleme schnellst möglich zu lösen und weiterhin eine möglichst kreisweite Einführung anzustreben.

Was wir jetzt brauchen, ist weiterhin ein kühler Kopf, keine übereilten Reaktionen und vor allem weiterhin unsere Vision vom Erfolg dieser Karte.

Die „Hellseher“, die nun einen möglichen Misserfolg medienwirksam mit dem nicht erwarteten VGH-Urteil und der ebenso wenig voraussehbaren Insolvenz des Kartenbetreibers zu begründen versuchen, sollten lieber neue, sich abzeichnende Lösungen abwarten.

Wir fordern sie auf, sich konstruktiv für eine tragfähige – in die Zukunft weisende - Lösung zu engagieren.

Herr Landrat, die CDU-Fraktion steht voll und ganz hinter ihrem Vorgehen und ihren nicht leichten Bemühungen, diese Karte trotz der eingetretenen Rückschläge dennoch zu einem Erfolg und zum Markenzeichen des Tourismus am Bodensee zu führen.

Was wir in dieser Situation jetzt brauchen, sind tragfähige Übergangslösungen und konstruktive Zusammenarbeit aller an diesem Prozess Beteiligten.

Von den Gegnern der EBC werden immer wieder die Vorzüge der VHB-Karte in KN oder der Konus-Karte im Schwarzwald als Alternative zur EBC hervorgehoben.

Wenn es stimmt, meine sehr geehrten Damen und Herrn, dass alle Karten eine gemeinsame Zielsetzung haben, nämlich in erster Linie die kostenlose Benutzung von Bahn und Bussen und sie sich nur in der Technik unterscheiden, dann ist es höchste Zeit, sich an einen Tisch zu setzen, die aufgerissenen Gräben zu schließen und eine konsensfähige Lösung zu suchen und zu finden.

Wir regen deshalb schnellstmöglich – bevor noch mehr Porzellan zerschlagen wird – die Einrichtung eines „runden Tisches“ mit allen an diesem Prozess Beteiligten zur Erreichung der ja wohl unstrittig vorhandenen Zielsetzung an.

Auf Grund der verfahrenen Situation müssen wir vielleicht alle wieder lernen, mehr miteinander und weniger übereinander zu reden.

Wenn wir hier nicht zu einer gemeinsamen getragenen Lösung einer Gästekarte für den Bodensee kommen, schaden wir nicht der jeweils anderen Seite, sondern nur Einem: Dem Tourismus am Bodensee!!

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Das Thema Kreisumlage ist jährlich der Dreh- und Angelpunkt unserer Haushaltsberatungen. Der Blick in viele unserer Nachbar-Landkreise zeigt, dass dort tlw. deutliche Senkungen des Hebesatzes auf Grund der guten Steuerentwicklung möglich sind.

Nicht so bei uns!

Wir fragen uns deshalb schon, was ist dort in der Haushaltsstruktur im Wesentlichen anders als bei uns?

Diese Frage ist sicher nicht pauschal und aus der Hüfte heraus zu beantworten, sondern bedarf eines intensiven strukturellen Vergleichs von Aufgabenstellung und –erfüllung sowie deren Finanzierung.

Wir sollten uns dieser Aufgabe eines interkommunalen Vergleichs stellen, schon allein deshalb, um pauschale und unsachliche Argumente erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Deshalb bitten wir die Verwaltung, dem Kreistag rechtzeitig vor Verabschiedung des nächsten HH einen Vergleich mit den HH der Nachbarlandkreise vorzulegen, um eine objektive Standort- und Strukturbestimmung vornehmen zu können.

Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

um unser latentes HH-Defizit zu korrigieren, müssen wir innerhalb der OEW-Landkreise wieder zu einem Konsens über die Wiederaufnahme von Ausschüttungen an die Landkreise kommen.

Auch wenn die anderen Landkreise offensichtlich etwas „mehr Fett auf den Rippen“ haben (deshalb auch der interkommunale Vergleich), brauchen wir in absehbarer Zeit wieder eine Teilhabe am sich erneut abzeichnenden Erfolg unseres Unternehmens EnBW.

Wir tragen die Strategie der OEW zur Sicherung ihres Haushalts und zur Schaffung von Überbrückungsreserven mit, wollen aber auch eine deutliche Positionierung gegenüber der EnBW zur Höhe der Dividendenzahlungen.

Die Interessen der Anteilseigner (im Wesentlichen Land BW und OEW) bestehen neben der Zukunftssicherung des Unternehmens auch an einer größt möglichen finanziellen Teilhabe an dessen wirtschaftlichem Erfolg!

Herr Landrat, und ich spreche sie nun als Vorsitzender der OEW an, unsere HH-Lage macht es mehr als deutlich, dass wir zur Finanzierung unserer künftigen Aufgaben mehr denn je wieder auf nennenswerte Ausschüttungen der OEW angewiesen sind und dies deutlich früher, als dies in der Finanzplanung des Zweckerbandes vorgesehen ist.

Und nun noch ein Wort an sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion:

Ich habe mit meinem Beitrag versucht, die finanzielle Situation unseres Kreises – heute und in Zukunft – mehr als in den Vorjahren und überdeutlich beim Namen zu nennen.

Die fetten Jahre sind endgültig vorbei und deshalb sehen wir heute nicht den geeigneten Zeitpunkt, neuen und kostenintensiven Ausgabenbeschlüssen unsere Zustimmung zu erteilen.

Trotz manchem Wünschenswertem müssen wir uns in Zukunft auf „Haushalte der begrenzten Möglichkeiten“ einstellen und dies nicht nur mit HH-Reden am Tag der Verabschiedung eines neuen Haushalts, sondern vor allem in den restlichen 364 Tagen eines Jahres.

Aus dieser Erkenntnis heraus lehnen wir den „Kauf immer größerer Schuhe“ – also die regelmäßig von ihnen geforderte Erhöhung der Kreisumlage ab. Wenn dies ihr einziger Vorschlag zur Finanzierung der von ihnen beantragten Mehrausgaben ist, machen sie es sich einfach zu leicht.

Aus denselben Gründen lehnen wir ihre Anträge zur Schaffung von Stellen für einen Mobilitätsbeauftragten und Kreisarchäologen, die Einführung einer Kombi-Fahrkarte bei persönlichen Einladungen und die vorschnelle Bereitstellung von 1 Mill. Euro zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ab.

Hierzu verweisen wir auf den von uns alternativ eingebrachten Antrag.

Auch ihrem erneut eingebrachten Antrag zur Förderung der DLRG können wir nicht folgen. Wir haben bei der im letzten Jahr beschlossenen Förderung unmissverständlich dargelegt, dass diese letztmals durch den Kreis erfolgt und nach dem Rettungsdienstgesetz dafür das Land zuständig ist. Eine Förderung des Landes wurde in Aussicht gestellt und mindestens für die Bergrettung umgesetzt. Inwieweit dies auch für die DLRG gilt, entzieht sich momentan unserer Kenntnis.

Ihre Anträge bezüglich einer 0,5 Stelle im „Fachdienst gemeinsame Erziehung“ tragen wir insoweit mit, als diese Stelle im Rahmen der Deckelung der Personalausgaben und innerhalb der angeforderten 35 neuen Stellen berücksichtigt werden kann.

Auch tragen wir den Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeitangebote durch den Kreisjugendring und die versuchsweise Schaffung einer gemeinsamen Online-Plattform zur Bürgerbeteiligung im Rahmen von HH-Aufstellungen mit, sofern dies zu keinem zusätzlichen Personalaufwand führt.

Ihren Antrag zur schnellen Busverbindung FN-KN halten wir für gegenstandslos, da dieser Prüfauftrag bereits durch die im Rahmen des Mediationsverfahrens zur Umgehung von Kluftern geforderten weitergehenden ÖPNV-Maßnahmen der Verwaltung übertragen wurde.

Bleibt mir zum Schluss, mich bei Allen am Entwurf des vorliegenden HH Beteiligten zu bedanken.

Kreistag und Verwaltung haben und hatten es nicht leicht, sich mit der Weiterentwicklung der Doppik und den begrenzten finanziellen Möglichkeiten zurecht zu finden und trotzdem einen noch gangbaren und vertretbaren Weg zur heutigen Verabschiedung zu finden.

Mit dem von den drei Fraktionen im gemeinsamen Antrag eingebrachten Verbesserungs- und Änderungsvorschlägen und der dargelegten Positionierung zu den Anträgen der SPD-Fraktion stimmt die CDU-Fraktion dem HH für das Jahr 2018 einstimmig in der Erwartung zu, dass sich im nächsten Jahr keine unerwarteten weitere HH-Risiken auftun und sich am Ende – wie in all den Vorjahren – ein Ergebnis einstellt, das uns wieder Spielräume für die kommenden Jahre eröffnet.